ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Loose, Brigitte et al.

Article

Konjunktur 1999 und 2000: Rückkehr auf den Aufschwungspfad

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Loose, Brigitte et al. (1999) : Konjunktur 1999 und 2000: Rückkehr auf den Aufschwungspfad, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 5, Iss. 9-10, pp. 3-22

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/142979

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunktur 1999 und 2000: Rückkehr auf den Aufschwungspfad

Im Frühjahr 1999 haben sich die Perspektiven der Weltwirtschaft wieder aufgehellt. Dazu trugen die Fortschritte bei der Bewältigung der Krisen in Südostasien ebenso bei wie die anhaltende Dynamik der US-Konjunktur. Auch im Euroraum und in Deutschland mehren sich die Anzeichen, daß der Tiefpunkt der konjunkturellen Delle durchschritten ist und die Wirtschaft auf den im vergangenen Jahr eingeschlagenen Aufschwungspfad zurückkehrt.

Die konjunkturelle Wende in Deutschland kommt aus dem Bereich, in dem auch die Dämpfung des Aufschwungs 1998 ihren Anfang genommen hatte: von der Auslandsnachfrage. So zieht die Ausfuhr seit dem Frühjahr wieder an und die Bestellungen aus dem Ausland sind weiter aufwärts gerichtet. Die direkten und indirekten Effekte des negativen externen Nachfrageschocks aus den internationalen Krisenregionen einschließlich der Drittmarkteffekte sind gebannt. Die mit Verzögerung wirksamen Krisenfolgen werden dagegen die Konjunktur in Deutschland noch einige Zeit belasten.

Der Exporteinbruch seit Sommer 1998 führte nicht in eine Rezession, da sich andere Rahmenbedingungen der Konjunktur, insbesondere im monetären Bereich, nicht nur nicht verschlechtert, sondern sogar verbessert haben. So versehen die niedrigen kurz- und langfristigen Zinsen die konjunkturellen Auftriebskräfte mit dem nötigen Schwung für die Rückkehr auf den Aufschwungspfad. Der hohe Grad an Preisniveaustabilität schränkt die Gefahr von Verspannungen ein.

Die günstigen monetären Rahmenbedingungen regen vor allem die Investitionsaktivitäten der Unternehmen an, die allerdings im Sommerhalbjahr 1999 zunächst die von den Krisengebieten ausgelösten gedämpften Absatzchancen mit Verzögerung zu spüren bekommen werden. Ausrüstungsinvestitionen und gewerbliche Bauinvestitionen dürften danach wieder verstärkt zunehmen. Der Wohnungsbau in Deutschland verläßt die Talsohle, die Erholung kommt allerdings aufgrund des anhaltend kräftigen Rückgangs in Ostdeutschland nur langsam voran.

Als Stütze der Konjunktur erweist sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Zwar blieb infolge des konjunkturellen Dämpfers ein beschäftigungsinduzierter Einkommensschub aus. Anregungen kommen jedoch aus den Einkommenssteigerungen infolge der höheren Lohnabschlüsse, der Entlastungen bei den direkten Steuern und Beiträgen zur Rentenversicherung sowie infolge der sozialpolitischen Maßnahmen. Die Ökosteuer wirkt leicht bremsend.

So konnte die Binnennachfrage während der konjunkturellen Delle zwar eigene Akzente setzen, sie waren aber nicht kräftig genug, den Einbruch im Auslandsgeschäft deutlich zu übertreffen. Zu Beginn des Jahres stagnierte deshalb die Produktion sogar. Seit dem zweiten Vierteljahr haben sich die Produktionsaktivitäten jedoch wieder beschleunigt, so daß das Bruttoinlandsprodukt 1999 um 1,7 vH größer sein wird als im Vorjahr. Mit zunehmender Dynamik der Exportkonjunktur wird für das Jahr 2000 ein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,5 vH erwartet.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 1999 und 2000

	1998	1999	2000
	reale Veränderung geg. dem Vorjahr in vH, Preise 1995		
Konsumausgaben der privaten Haushalte[a]	1,8	2,4	2,4
Konsumausgaben des Staates	-0,1	0,6	1,0
Anlageinvestitionen	1,8	2,2	2,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,6	5,2	4,9
Bauten	-3,8	0,0	1,0
Letzte inländische Verwendung	2,6	1,9	2,2
Ausfuhr	6,5	1,2	5,5
Einfuhr	8,0	2,2	4,7
Bruttoinlandsprodukt	2,3	1,7	2,5
	Veränderung geg. dem Vorjahr in vH		
Preisindex für die Lebenshaltung	1,0	0,6	1,1
	in 1.000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)	35.999	36.088	36.196
Arbeitslose[b]	4.279	4.013	3.771
	in vH		
Arbeitslosenquote[c]	10,6	10,0	9,4

[a] Einschließlich der Organisationen ohne Erwerbszweck. – [b] Abgrenzung der Arbeitslosen nach dem Konzept der Bundesanstalt für Arbeit. – [c] Erwerbslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).
Quelle: Statistisches Bundesamt; 1999 und 2000: Prognose des IWH.

Der Verlust an Auftriebskräften hat auch den 1998 begonnenen Beschäftigungsaufbau gestoppt. Die Unternehmen haben wegen der eingetrübten

Absatzerwartungen sowie der gestiegenen Arbeitskosten infolge der kräftigen Tariflohnerhöhungen ihre Personaldispositionen überprüft und per saldo seit dem Winter keine neuen Einstellungen mehr vorgenommen. Die Belegschaften werden weitgehend durchgehalten. Mit Verzögerung wird auch die Arbeitsnachfrage auf das Wiederanziehen der Konjunktur reagieren. Im Durchschnitt des Jahres 1999 kommt es zwar zu einem Zuwachs an Beschäftigung, dieser ist jedoch in erster Linie auf eine starke Zunahme arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in der zweiten Jahreshälfte 1998 und die Aufrechterhaltung des hohen Standes in diesem Jahr zurückzuführen. Im kommenden Jahr wird sich die Lage am Arbeitsmarkt im Zuge der Festigung der Konjunktur deutlicher verbessern. Die registrierte Arbeitslosigkeit bildet sich in beiden Jahren stärker zurück als dies der Beschäftigungsaufbau erwarten läßt. Maßgeblich hierfür ist erneut der spürbare Rückgang des Arbeitsangebots.

Im Interesse der Stärkung des Beschäftigungsaufbaus ist die Lohnpolitik bei der nunmehr wieder anziehenden Konjunktur aufgerufen, nach den hohen Lohnabschlüssen zu Beginn des Jahres 1999 auf den Pfad der Lohnzurückhaltung zurückzukehren. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für den Euroraum insgesamt. Je geringer der Lohnkostendruck auf die Preise ist, desto länger kann auch der Aufschwung währen, ohne daß die EZB dämpfend wirken muß.

Das 30-Mrd.-DM-Sparpaket der Bundesregierung ist ein bemerkenswerter Konsolidierungserfolg, obwohl nicht alle darin enthaltenen Posten tatsächliche Ausgabenkürzungen sind. Auch deshalb sind die kurzfristig dämpfenden Effekte gering. Um die Wachstumsbedingungen zu verbessern, sollte eine Unternehmenssteuerreform, die den Unternehmenssektor als ganzes entlastet, bald umgesetzt werden. Werden hierfür die steuerlichen Mehreinnahmen des Jahre 1999 im Bundeshaushalt 2000 eingesetzt, so wird der Prozeß der Haushaltskonsolidierung dadurch nicht gefährdet.

Internationale Konjunktur

Weltwirtschaft: Nach Abkühlung Erholung in Sicht

Die weltwirtschaftliche Expansion hatte sich ab dem Sommer des vergangenen Jahres deutlich verlangsamt. Ursache dafür waren vor allem die Auswirkungen der Asienkrise, die als externer Nachfrageschock zu einer spürbaren Dämpfung der Ausfuhren der Industrieländer in diese Region geführt haben, sowie Produktionseinbrüche in Südamerika und in Rußland. Der Rückgang bei den Exporten traf auch Westeuropa, wo sich die Konjunktur im Jahresverlauf zum Teil kräftig abschwächte. Hinzu kam die wechselkursbedingt verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit südostasiatischer Anbieter in Europa sowie auf Drittmärkten.

Diese Entwicklung hielt noch bis in die ersten Monate dieses Jahres an; seit dem Frühjahr mehren sich die Anzeichen dafür, daß die dämpfenden Effekte auslaufen und sich in der Weltwirtschaft die Auftriebskräfte durchsetzen.

In den wichtigsten asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern gewinnt die gesamtwirtschaftliche Expansion wieder an Fahrt, nachdem insbesondere bestehende Liquiditätsengpässe überwunden werden konnten. Begünstigend wirkt hier, daß die Perspektiven für die japanische Volkswirtschaft, die sich bereits im Vorfeld der Asienkrise in einem konjunkturellen Abschwung befand und darüber hinaus von dem Nachfrageeinbruch besonders stark betroffen war, wieder etwas günstiger sind. In Japan dürfte im Verlauf dieses Jahres die Talsohle erreicht und im kommenden Jahr die Rezession überwunden werden.

In den USA hielt die hohe wirtschaftliche Dynamik an, obwohl die Wirkungen des Nachfrageschocks bereits relativ früh spürbar wurden. Die Ausfuhren gingen im Sommerhalbjahr deutlich zurück, und die Konjunkturentwicklung flachte vorübergehend ab. Da aber die Inlandsnachfrage weiter kräftig stieg, übernahmen die USA im vergangenen Jahr die Rolle eines Stabilitätsankers für die Weltwirtschaft. Eine Fortsetzung des Aufschwungs in dem bisher zu beobachtenden Tempo ist allerdings nicht zu erwarten. Der private Konsum als treibende Kraft der Konjunktur erhält seine Impulse auch aus Vermögenseffekten am Aktienmarkt, die in der nahen Zukunft angesichts stagnierender Unternehmensgewinne und erhöhter Zinsen nachlassen werden. Nach einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 3,9 vH im vergangenen Jahr dürften in diesem 3,5 vH und im nächsten Jahr 2,5 vH erreicht werden.

Die Folgen des wirtschaftlichen Einbruchs in Asien und in Rußland sowie der konjunkturellen Abschwächung in Westeuropa trafen 1998 auch die mitteleuropäischen Reformländer, wo sich der Produktionsanstieg deutlich abflachte.[1] Allerdings

[1] Vgl. BRÜGGEMANN, A.; WERNER, K.: Internationale Krise dämpfen Wirtschaftswachstum in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/1999, S. 15-24.

werden diese Länder von der im Jahresverlauf zu erwartenden Belebung in Westeuropa profitieren, so daß die Perspektiven insgesamt günstiger werden. Die Wirtschaftsleistung wird im kommenden Jahr wieder spürbar steigen.

Tabelle 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft

	1998	1999	2000
EU-Länder	2,8	1,8	2,5
darunter Euroraum	2,9	2,0	2,7
USA	3,9	3,5	2,5
Japan	-2,8	-0,5	0,5
Mittel- und Osteuropa[a]	2,1	1,6	2,8
Asien[b]	-2,2	1,7	3,5

[a] Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Bulgarien. – [b] Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Hongkong, Malaysia, Singapur, Philippinen.

Quelle: OECD; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose.

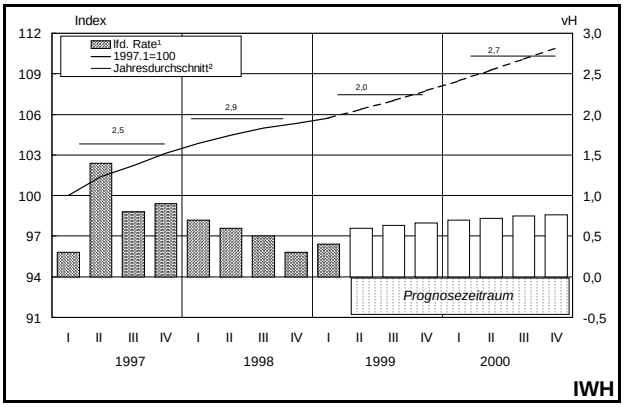
Konjunktur im Euroraum durchschreitet die Talsohle

Der Nachfrageeinbruch in den Krisenregionen hat im Verlauf des vergangenen Jahres zu einem spürbaren Rückgang bei den Ausfuhren der Länder des Euroraums geführt. Durch das Übergreifen der dämpfenden außenwirtschaftlichen Effekte auf die Binnenkonjunktur wurde schließlich auch der innereuropäische Handel in Mitleidenschaft gezogen. Gestützt wurde die Konjunktur dagegen von der Inlandsnachfrage. So nahm der private Verbrauch – angeregt durch höhere reale verfügbare Einkommen – leicht beschleunigt zu. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden zunächst kräftig, im späteren Verlauf aber schwächer ausgeweitet.

Die weltwirtschaftlichen und monetären Rahmenbedingungen lassen erwarten, daß die Gesamtwirtschaft nach zunächst noch schwacher Aufwärtsentwicklung nunmehr beschleunigt expandiert. So werden vor allem die dämpfenden Auswirkungen der Asienkrise allmählich abklingen. Die Ausfuhren in die westeuropäischen Länder außerhalb des Euroraums werden im späteren Verlauf des Jahres wieder steigen. Der Absatz in den USA nimmt, wenn auch abgeschwächt, weiter zu. Der Handel innerhalb des Euroraums wird vor dem Hintergrund der wieder anziehenden Binnenkonjunktur insgesamt wieder stärker ausgeweitet werden.

Der private Verbrauch wird in diesem und im nächsten Jahr ähnlich stark wie 1998 ausgeweitet werden. Die Anlageinvestitionen, die sich im Winterhalbjahr noch deutlich abgeschwächt hatten, werden sich im weiteren Verlauf dieses Jahres, begünstigt durch niedrige Zinsen und verbesserte Absatz- und Ertragserwartungen, wieder erholen. Das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum wird 1999 um 2 vH und im kommenden Jahr um 2,7 vH zunehmen.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- Saisonbereinigter Verlauf -



[1] Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala. – [2] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose.

Tabelle 3:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

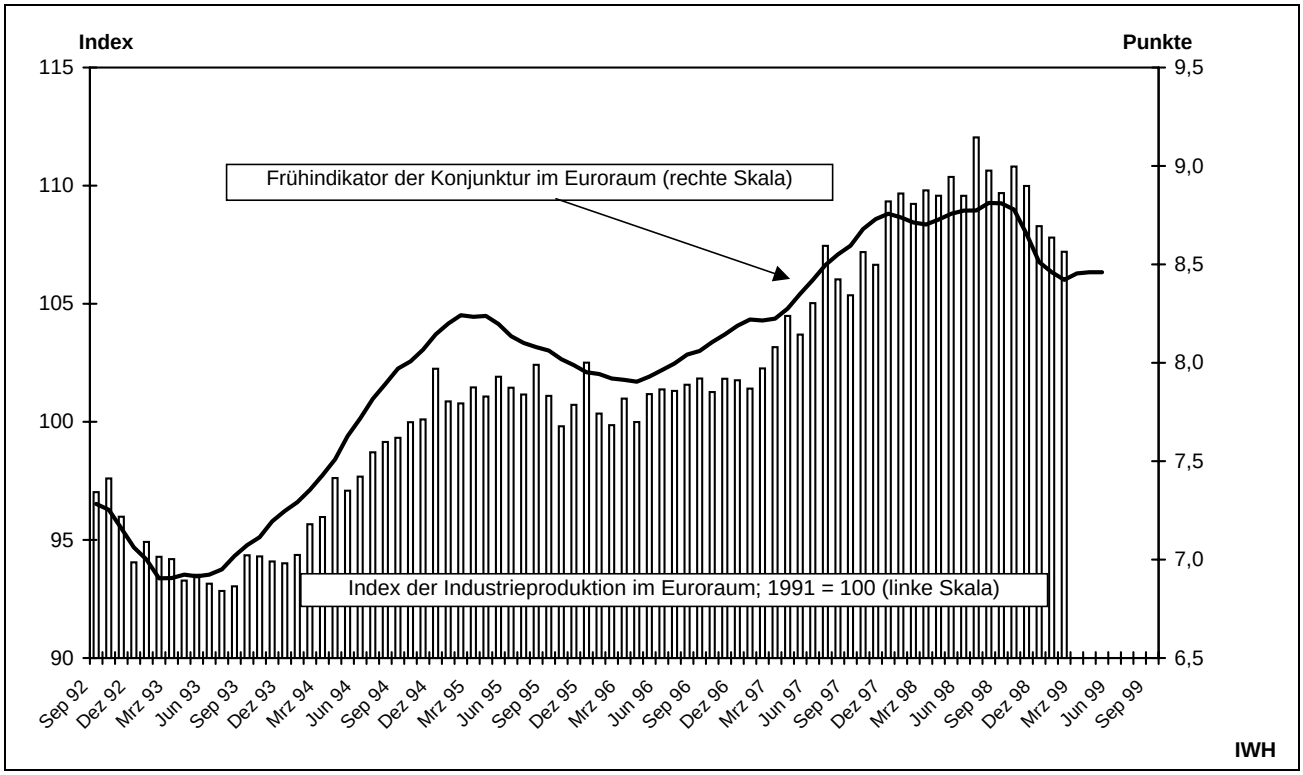
	1998	1999	2000
	Veränderung gegenüber Vorjahr in vH		
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,0	2,7
Privater Verbrauch	2,8	2,9	2,8
Öffentlicher Verbrauch	1,4	1,3	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	4,0	3,0	4,0
Verbraucherpreise	1,2	1,0	1,4
	in vH der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote[a]	11,0	10,3	9,8

[a] Nach dem Eurostat-Konzept.

Quellen: OECD; Eurostat; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose.

Hinweise auf eine Konjunkturbelebung gibt auch der vom IWH regelmäßig berechnete Frühindikator der Konjunktur im Euroraum. Ausschlaggebend dafür ist vor allem das gestiegene Vertrauen in der Industrie vor dem Hintergrund einer verbesserten Auftragslage und wieder günstigerer Exportaussichten. Die für das erste Quartal 1999 verfügbaren Zahlen zeigen darüber hinaus, daß die

Abbildung 2:
IWH-Frühindikator der Konjunktur im Euroraum[a]



[a] Indikatorwerte auf der Zeitachse um vier Monate nach vorn versetzt.

Quelle: OECD; Berechnungen des IWH.

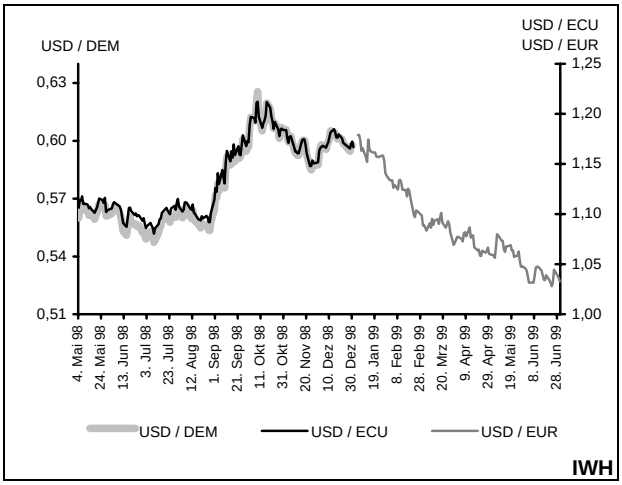
Zunahme des Bruttoinlandsprodukts erstmals seit Anfang 1998 wieder über dem Vorquartal liegt und der Rückgang der Kapazitätsauslastung zum Stillstand gekommen ist.

Euro mit Aufwertungspotential

Der Euro wertete in den vergangenen Monaten unter erheblichen Schwankungen weiter ab (vgl. Abbildung 3). Der entscheidende Grund dafür ist weiterhin das ausgeprägte konjunkturelle Gefälle zwischen den USA und dem Euroraum und die damit einhergehende erweiterte Zinsdifferenz zwischen den beiden Währungsräumen (vgl. Abbildung 4).[2]

Politische Ereignisse wie der Krieg im Kosovo und das von den EU-Finanzministern genehmigte erhöhte Budgetdefizit Italiens für dieses Jahr dürften den Euro ebenfalls geschwächt haben, aber diese Wirkung ist voraussichtlich nur temporär. Hier scheinen Erwartungen über die kurze Frist spekulationsbedingte Übersteigerungen zu erzeugen. Denn weder der nunmehr beendete Krieg im Kosovo, noch das konjunkturell bedingt höhere Defizit Italiens gefährden die Geldwertstabilität im Euroraum.

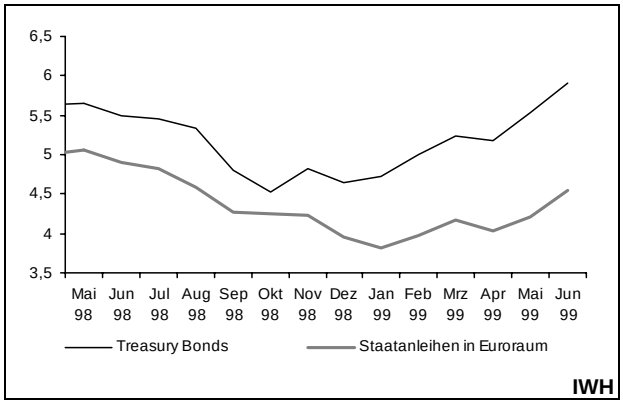
Abbildung 3:
Wechselkurs des US-Dollar zur D-Mark,
zum ECU und zum Euro
- Tageswerte -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Kommission; Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH.

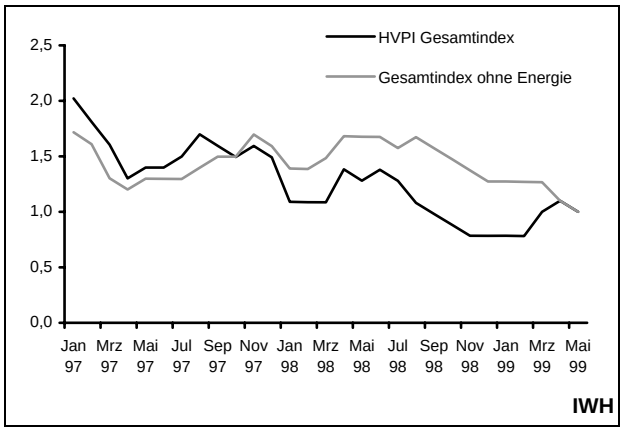
[2] Vgl. TOBER, S.: Europäische Geldpolitik: Expansiv und stabilitätsgerecht, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/1999, S. 9-13.

Abbildung 4:
Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum und in den USA
- Monatsdurchschnittswerte in % -



Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Federal Reserve.

Abbildung 5:
Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum
- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in vH -



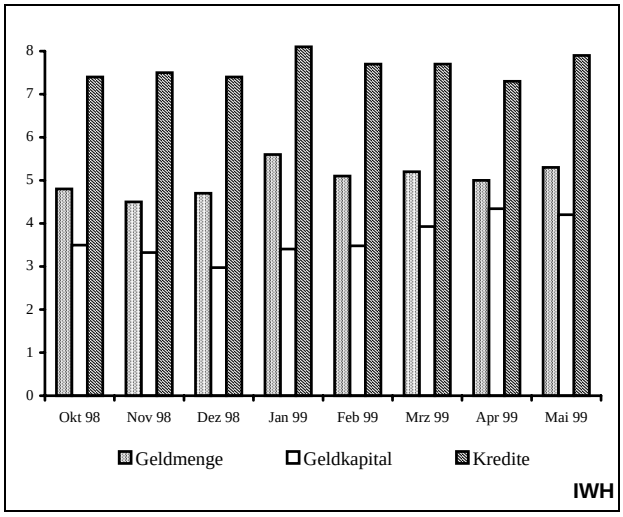
Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des IWH.

Anzeichen für eine nennenswerte Erhöhung der Inflationsdynamik sind nicht zu erkennen. Der Anstieg der Verbraucherpreise im Euroraum ist mit 0,9 vH gegenüber dem Vorjahresmonat im Durchschnitt der vergangenen sechs Monate und 1,0 vH am aktuellen Rand (Mai) sehr niedrig. Zwar wird sich der Anstieg des Ölpreises der vergangenen Monate direkt und indirekt über die Produktionskosten im Verbraucherpreisindex bemerkbar machen. Hierbei handelt es sich jedoch um einen Preisniveauschub, der sich nur vorübergehend auf die Inflationsrate auswirkt.

Im Durchschnitt dieses Jahres ist mit einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex um knapp 1 vH, im nächsten Jahr um rund 1,4 vH zu rechnen. Da sich die Schwäche des Euro nicht auf mangelnde Geldwertstabilität gründet, dürfte der Euro im Prognosezeitraum mit der wirtschaftlichen Belebung im Euroraum sowie der Abnahme des Konjunktur- und Zinsgefälles zwischen dem Euroraum und den USA merklich an Wert gewinnen. Die zu erwartende Aufwertung des Euro dürfte ihrerseits den Preisauftrieb dämpfen.

Auch die monetären Indikatoren deuten nicht auf ein gestiegenes Inflationspotential hin. Sowohl die Geldmengen- als auch die Kreditentwicklung ist moderat. Dabei ist der Anstieg der Kreditgewährung an Private weiterhin lebhaft.

Abbildung 6:
Entwicklung der Geldmenge, des Geldkapitals bei den Banken[a] und der Kredite an Gebietsansässige des Euroraums von Oktober 1998 bis Mai 1999[b]
- Monatsendwerte, Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat, in vH -



[a] Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Ansässigen des Euroraums (ohne Zentralstaat) abzüglich Kapital und Rücklagen. Die Veränderungsraten des Geldkapitals wurden direkt aus den ausgewiesenen Monatsendbeständen errechnet, während im Falle von M3 und den Krediten auf die von der EZB berechneten und bereinigten Zuwachsraten zurückgegriffen wurde. – [b] Stand: 28. Juni 1999.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH.

Die kurz- und langfristigen Zinsen werden im Prognosezeitraum auf niedrigem Niveau bleiben, auch wenn die langfristigen Zinsen im Sog des Anstiegs der US-amerikanischen Kapitalmarktzinsen etwas anziehen. Für den späteren Verlauf des Prognosezeitraums ist mit einer leichten Zinserhöhung durch die EZB zu rechnen, mit der sie von dem gegenwärtig expansiven auf einen neutralen Kurs einschwenkt. Dabei wird unterstellt, daß die Lohnkostensteigerungen moderat bleiben und die Lohnstückkosten angesichts höherer Produktivitätszuwächse im Zuge der konjunkturellen Be-

schleunigung im Jahre 2000 wieder langsamer zunehmen als in diesem Jahr.

Die Verantwortung für die Kräftigung und Prolongierung des wirtschaftlichen Aufschwungs liegt nunmehr bei den finanz- und lohnpolitisch Verantwortlichen. Die Lohnpolitik spielt eine besonders bedeutsame Rolle, da sich ein Aufschwung in Abwesenheit eines Lohnkostendrucks sowohl selbst verstärken als auch verlängern kann und so die Eingliederung von Arbeitslosen und anderen nicht am Erwerbsleben beteiligter Personen in den Wirtschaftsprozeß ermöglicht.[3]

Finanzpolitik im Euroraum unter Konsolidierungsdruck

Im vergangenen Jahr hat sich im Euroraum das Defizit in den öffentlichen Haushalten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringert. Allerdings beruht dies vorwiegend auf konjunkturbedingten Mehreinnahmen und Minderausgaben sowie einer spürbar gesunkenen Zinsbelastung. Bei der Rückführung der strukturellen Defizite wurden jedoch kaum noch Fortschritte erzielt. Im Prognosezeitraum ist in den meisten Ländern eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorgesehen.

Die Erfahrungen zeigen, daß hohe öffentliche Defizite und wachsende Schuldenquoten die Wirtschaftsperspektiven verschlechtern können und den Handlungsspielraum der Finanzpolitik einengen. Realwirtschaftlich kann es zu einer Einschränkung der Sachkapitalbildung kommen, wenn sich infolge anwachsender Schulden Ertragserwartungen und Zinsen ändern, so daß die Investitionen abnehmen (Crowding-Out-Effekt). Nicht zuletzt aus diesen Gründen wurde im Juni 1997 in Amsterdam der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschlossen, der einen auf mittlere Sicht nahezu ausgeglichenen Haushalt verlangt.

Die EU-Länder haben deshalb im vergangenen Jahr Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorgelegt, die neben der aktuellen Haushaltslage auch die Finanzplanungen für die Zukunft enthalten. Die Regierungen sind demnach entschlossen, dauerhafte Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten zu erreichen und dadurch das ehemals stetige Anwachsen der Staatsverschuldung zu beenden. Die geplanten Fortschritte bei der Reduktion der öffentlichen Defizite unterscheiden sich aber von Land zu Land erheblich.

Tabelle 4:
Finanzpolitische Ziele in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen der Euro-Länder

	Überschußquote (+) bzw. Defizitquote (-) des öffentlichen Haushalts in vH des Bruttoinlandsprodukts			
	1999	2000	2001	2002
Deutschland	-2	-2	-1 ½	-1
Frankreich	-2,3	..	..	-0,8
Italien	-2,4[a]	-1,5	-1,0	..
Niederlande	-1,3	..	..	-1,1
Spanien	-1,6	-1,0	-0,4	+0,1
Belgien	-1,3	-1,0	-0,7	-0,3
Österreich	-2,0	-1,7	-1,5	-1,4
Finnland	+2,4	+2,2	+2,1	+2,3
Portugal	-2,0	-1,5	-1,2	-0,8
Irland	+1,7	+1,4	+1,6	..
Luxemburg	+1,1	+1,2	+1,3	+1,7

[a] Das für 1999 anvisierte Defizitziel lag bei -2,0 vH.

Quelle: Europäische Zentralbank, Monatsbericht Mai 1999.

Vor diesem Hintergrund ist auch die jüngste Entscheidung der EU-Finanzminister, Italien für 1999 ein mit 2,4 vH höheres Defizit als die anvisierten 2,0 vH zuzugestehen, vielfach als ein Abweichen vom mittelfristigen Stabilitätspfad kritisiert worden. Italien begründete die Notwendigkeit eines höheren Defizits mit einem für dieses Jahr erwarteten geringeren Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt. Anstelle der den Finanzplanungen zugrunde liegenden 2,5 vH wird jetzt nur noch mit einem Anstieg um 1,5 vH gerechnet. Dieser Beschluß stellt zunächst keine unmittelbare Gefahr für den Stabilitäts- und Wachstumspakt dar, solange die Überschreitung des Sparziels von anderen Ländern nicht als Signal verstanden wird, in ihren Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen. Zudem wurde die für 2001 geplante Defizitbegrenzung von 1 vH des Bruttoinlandsprodukts ausdrücklich bestätigt. Das Beispiel Italien macht vielmehr deutlich, daß die den Konvergenzprogrammen zugrundeliegenden Annahmen über die mittelfristige Konjunkturentwicklung vielfach zu optimistisch sein können. Im Falle eines starken oder langanhaltenden Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit können sich damit die Spielräume für das Wirken der automatischen Stabilisatoren mit Blick auf die Einhaltung des Referenzwertes von 3 vH

3 INTERNATIONAL MONETARY FUND: World Economic Outlook: Chronic Unemployment in the Euro Area: Causes and Cures. Washington May 1999, S. 40 ff. – DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997. Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in ausgewählten Industrieländern, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/1997.

verringern. Da die strukturellen Defizite nach wie vor hoch sind, liegen hier erhebliche Gefahren für das Einhalten der in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen formulierten Absichten. Ziel der Finanzpolitik muß deshalb vor allem die konsequente Verringerung der um konjunkturelle Einflüsse bereinigten Defizite sein.

Konjunktur in Deutschland

Nach Flaute im Auslandsgeschäft ziehen deutsche Exporte wieder an

Seit Sommer 1998 hat das Exportgeschäft der deutschen Industrie unter der massiven Schrumpfung der Auslandsnachfrage infolge der internationalen Krisen deutlich gelitten. Dies zeigte sich zum einen unmittelbar im Rückgang der Ausfuhren in die Krisenregionen. Zum anderen führte die Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfelds auch zu einer Abkühlung der Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern, in deren Folge wesentlich weniger deutsche Produkte auf diesen Märkten nachgefragt wurden. Zudem führte die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit südostasiatischer Anbieter, die auf die massive Abwertung der Währungen in diesen Krisenländern zurückzuführen ist, zu einem Verdrängungswettbewerb mit deutschen Unternehmen auch auf Drittmärkten.

Tabelle 5:
Regionale Entwicklung der deutschen Warenausfuhr (Spezialhandel) im I. Quartal 1999

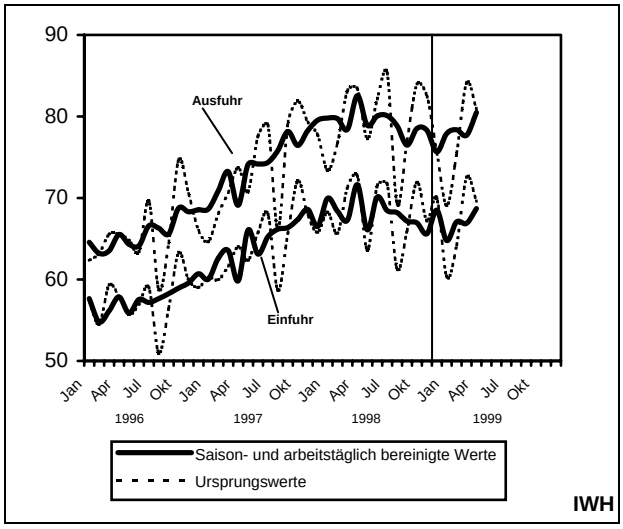
Region/Land	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in vH
EU-Länder	132,7	-0,7
Mitteleuropäische Reformländer[a]	15,2	1,4
Rußland	1,8	-58,6
USA	21,9	1,6
Südostasiatische Schwellenländer[b]	4,8	-18,3
Japan	4,9	-0,5

[a] Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechische Republik. – [b] Thailand, Singapur, Philippinen, Indonesien, Malaysia, Südkorea.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im Zuge der Stabilisierung der Weltwirtschaft laufen die dämpfenden Effekte der internationalen Krisen auf den deutschen Export nunmehr langsam aus. Der Welthandel gewinnt allmählich wieder an Fahrt. Diese weltwirtschaftlichen Besserungstendenzen werden sich belebend auf die deutsche Exportkonjunktur auswirken. Darauf deutet nicht nur der Anstieg der Auslandsorders in jüngster Zeit hin, sondern auch die Tatsache, daß nach kräftigen Einbußen besonders gegen Ende des vergangenen Jahres die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen im Verlauf von 1999 wieder leicht zugenommen hat.

Abbildung 7:
Warenausfuhr und Wareneinfuhr (Spezialhandel) Deutschlands
- Ursprungswerte, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte in Mrd. DM -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im weiteren Verlauf von 1999 und im Jahr 2000 werden sich die Nachfrageimpulse infolge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs und der wieder anziehenden Konjunktur bei den Haupthandelspartnern verstärken. Darüber hinaus wird die Stärke des Dollar zumindest im laufenden Jahr die Auslandsgeschäfte deutscher Unternehmen stimulieren. Mit wieder steigendem Euro-Kurs werden diese Effekte jedoch nachlassen. Nachdem die Lohnstückkosten in Deutschland zunächst mit einer ähnlichen Zuwachsrate zunehmen werden wie im Euroraum, werden sie im Jahre 2000 geringer ausfallen, so daß sich dann die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure gegenüber Anbietern aus dem Euroraum leicht verbessert. Alles in allem wird für das Jahr 2000 mit einer Erhöhung der Ausfuhr um 5,5 vH gerechnet, nach reichlich 1 vH in diesem Jahr.

Auch die Wareneinfuhren sind bis in die ersten Monate des laufenden Jahres hinein gesunken. Maßgeblich hierfür waren sowohl die schwächere

Binnenkonjunktur als auch die rückläufigen Exporte. Mit dem Anziehen der Inlandsnachfrage sowie einer höheren Exportdynamik werden auch die Einfuhren wieder stärker zunehmen. Insgesamt wird für 1999 mit einem Zuwachs von 2,2 vH gerechnet. Im Jahr 2000 dürfte er bei 4,7 vH liegen.

Tabelle 6:
Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1995 -

	1998	1999	2000
	in Mrd. DM		
Ausfuhr	1.073,7	1.086,9	1.146,8
Einfuhr	1.012,4	1.034,6	1.083,1
Außenbeitrag	61,3	52,3	63,7
	Veränderung geg. Vorjahr in vH		
Ausfuhr	6,5	1,2	5,5
Einfuhr	8,0	2,2	4,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Nur kurzwährende Schwächung der Ausrüstungsinvestitionen

Nach der aufgrund günstiger konjunktureller Rahmenbedingungen kräftigen Expansion der Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Jahr hat sich ihre Entwicklung zu Beginn des Jahres 1999 deutlich abgeschwächt. Die von den internationalen Krisenregionen ausgehenden direkten und indirekten Effekte haben die Ertragsaussichten deutscher Unternehmen im Export eingetrübt und somit die Investitionsneigung gehemmt. Hinzu kamen kräftige Lohnsteigerungen sowie Unsicherheiten in der Steuerpolitik. Dies führte zu einer zunehmend pessimistischen Einschätzung der Geschäftserwartungen durch die Unternehmen. Die abnehmende Investitionsneigung schlug sich in bis zu Beginn dieses Jahres abnehmenden Auftragseingängen aus dem Inland bei den Investitionsgüterherstellern nieder. Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen[4] im vierten Quartal des vergangenen Jahres noch mit knapp 2,8 vH gestiegen waren, nahmen sie im ersten Quartal 1999 saison- und arbeitstäglich bereinigt nur noch um 0,1 vH zu.

Die momentane Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen wird allerdings nur von kurzer Dauer sein. Die Finanzierungsbedingungen für Investitionen sind nach wie vor günstig. Die Zinsen befinden sich auf sehr niedrigem Niveau und werden bis Ende nächsten Jahres nur geringfügig steigen. Die Kosten der Unternehmen werden auch durch die nach dieser Prognose wieder moderater ausfallenden Lohnabschlüsse und höheren Produktivitätszuwächse im kommenden Jahr weniger belastet. Bei den Lohnnebenkosten, die im Rahmen der ersten Stufe der Ökosteuerreform in diesem Jahr abgesenkt wurden, sind weitere in diese Richtung gehende Reformschritte geplant. Diese Senkungen der Lohnnebenkosten werden allerdings an Erhöhungen der Energiesteuern gekoppelt, welche die Vorleistungen verteuern und damit die Kosten erhöhen. Von den im Prognosezeitraum fast unveränderten Rohstoffpreisen wird keine zusätzliche Kostenbelastung für die Unternehmen ausgehen. Mit der allmählichen Erholung in den internationalen Krisenregionen werden sich zudem die Absatzerwartungen stabilisieren. Auch von der wieder kräftigen Binnennachfrage, hier insbesondere vom privaten Verbrauch, werden im kommenden Jahr positive Effekte auf die Investitionen ausgehen.

Die bereits gesetzlich fixierten Änderungen des Einkommensteuerrechts wirken sich im Prognosezeitraum für die Unternehmen insgesamt eher belastend aus, da die Gegenfinanzierung hauptsächlich sie trifft. Die hieraus entstehende Kostenbelastung wirkt negativ auf die Investitionsneigung. Die vor diesem Hintergrund geplante Unternehmenssteuerreform stellt den Unternehmen allerdings niedrigere Steuersätze in Aussicht. Die vorgesehenen Maßnahmen zur Gegenfinanzierung umfassen vor allem Einschränkungen der Abschreibungsmöglichkeiten, welche die Kapitalkosten erhöhen. Insgesamt zeichnet sich durch dieses Reformvorhaben aber eine Entlastung der Unternehmen ab, was sich positiv auf die Ertragserwartungen und die Investitionsneigung auswirken wird. Angesichts der sich durch die Unternehmenssteuerreform verschlechternden Abschreibungsmodalitäten und geringeren Steuersätze ist zudem mit Vorzieheffekten bei den Investitionen zu rechnen.

Insgesamt dürfte die erwartete Rentabilität von Sachanlagen im Prognosezeitraum wieder zunehmen. Im Zuge der konjunkturellen Erholung wird auch die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung steigen und somit Erweiterungsinvestitionen stimulieren. Zudem waren die Geschäftsaussichten zuletzt wieder etwas weniger pessimi-

[4] Die Ausrüstungsinvestitionen werden hier einschließlich der Investitionen in sonstige Anlagen ausgewiesen. Zu den Investitionen in sonstige Anlagen gehören nach Angaben des statistischen Bundesamtes Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter und Werterhöhungen nicht-produzierter Vermögensgüter. Da die sonstigen Anlagen eher zu den beweglichen Anlagen zu zählen sind, werden sie bei den Ausrüstungsinvestitionen berücksichtigt.

stisch, und die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern aus dem Inland entwickelten sich seit Januar dieses Jahres in der Grundtendenz aufwärts gerichtet. Nach einem Zuwachs im Jahr 1999 von 5,2 vH werden die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2000 mit 4,9 vH steigen.[5]

Tabelle 7:
Entwicklung der Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preisen 1995 -

	1998	1999	2000
Ausrüstungsinvestitionen[a]	10,6	5,2	4,9
Bauinvestitionen	- 3,8	0	1,0
Nichtwohnbauten	- 4,1	- 0,2	1,2
Wohnbauten	- 3,6	0,2	0,8
Anlageinvestitionen	1,8	2,2	2,6

[a] Einschließlich sonstige Anlagen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Bauinvestitionen: Allmähliche Belebung

Die konjunkturelle Delle hat auch Spuren bei den Bauinvestitionen hinterlassen. Ihr Rückgang hatte sich aber 1998 vor allem aufgrund des starken Einbruchs der Baunachfrage in Ostdeutschland noch einmal verstärkt. Im Prognosezeitraum werden sich die Bauinvestitionen in Deutschland im Zuge der allgemeinen Belebung der Konjunktur allmählich erholen. Ein Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg ist aber erst im Jahre 2000 zu erwarten.

Auf eine Tendenzwende verweisen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im ersten Vierteljahr 1999, die saisonbereinigt um 1,3 vH gegenüber dem Vorquartal bzw. um 2,6 vH gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben. Insbesondere lagen sie im Straßenbau zu Jahresbeginn deutlich über Vorjahresniveau. Die bereits seit Mitte vergangenen Jahres aufwärtsgerichtete Tendenz im gewerblichen Hochbau hat sich fortgesetzt, dazu beigetragen haben vor allem größere Verkehrsprojekte der Deutschen Bahn AG. Darüber hinaus deutet sich im Wohnungsbau ein moderater Anstieg an. Angesichts der schwachen gesamtwirtschaftlichen Expansion und aufgrund dämpfender Effekte vom ostdeutschen Baumarkt ist insgesamt für 1999 aber nur eine Stabilisierung der Baunachfrage auf Vorjahresniveau zu erwarten.

Im Jahre 2000 dürften sich die baukonjunkturellen Auftriebskräfte in Deutschland nach fünf Jahren Schwäche aber wieder sichtbar verstärken. Insbesondere wird sich der westdeutsche Wirtschaftsbau bei niedrigen Zinsen und angesichts wieder kräftiger steigender Ausrüstungsinvestitionen und somit mittelfristig erforderlicher Kapazitätsanpassungen beleben. So signalisiert die Genehmigungsstatistik bereits seit längerem eine Aufwärtstendenz beim Bau von Fabrik- und Werkstattgebäuden, zuletzt auch bei Büro- und Verwaltungsgebäuden. Ausschlaggebend für die Tendenzwende im Wohnungsbau ist vor allem der Einfamilienhausbau und die Modernisierung des Altbestandes. Sie werden von den merklich steigenden Realeinkommen, niedrigen Hypothekenzinsen, zunehmend kostengünstigen Bauweisen und vom äußerst moderaten Baupreisanstieg begünstigt. Angesichts zum Teil bestehender Angebotsüberhänge neigt dagegen der deutsche Geschoßwohnungsbau wegen der moderaten Mietentwicklung und der Minderung der steuerlichen Anreize weiterhin zu Schwäche.

Nachfrage der privaten Haushalte stärkt die Konjunktur

Der private Konsum war im vergangenen Jahr nach einer schwachen Entwicklung im Jahr 1997 wieder eine deutlichere Stütze der Konjunktur. Auch im laufenden und im kommenden Jahr ist vom privaten Verbrauch ein wesentlicher Wachstumsbeitrag für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erwarten.

Im ersten Quartal 1999 legten die Konsumausgaben der privaten Haushalte nominal mit 2,7 vH und real mit 2,2 vH gegenüber dem Vorjahresquartal kräftig zu. Der Anstieg wäre noch stärker ausgefallen, wenn die Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht durch die Wirkung des Nachfrageeinbruchs auf den Auslandsmärkten hinausgezögert worden wäre. Die saisonbereinigte Verlaufsrate signalisiert jedoch mit 0,4 vH keinen Abbruch der günstigen Konsumentwicklung. Dazu beigetragen haben die zum 1. Januar 1999 in Kraft getretenen steuerlichen Entlastungen der Einkommen und die Heraufsetzung des Kindergeldes. Die Käufe im Einzelhandel stiegen nominal wie auch real im ersten Quartal 1999 um 1,7 vH und setzten somit die 1998 begonnene leicht positive Entwicklung (nach sechs rückläufigen Jahren) fort. Insbesondere profitierte der Handel mit Brennstoffen, bei dem der niedrige Ölpreis und vorgezogene Käufe wegen der Ökosteuer ab 1. April 1999 zu

[5] Die kurzfristig schwache Dynamik im Jahr 1999 wird durch einen Überhang überzeichnet, der infolge der hohen Zuwachsraten im Jahr 1998 entstanden ist.

einem Plus von 16 vH führten. Starke Einbußen von ca. 6 vH hatte dagegen der Einzelhandel mit Möbeln und Hausrat zu verzeichnen. Die Neuzulassungen von PKW, die ein weiterer wichtiger Indikator des privaten Verbrauchs sind, waren im ersten Quartal rückläufig. Jedoch ist es im April mit über 20 vH und im Mai mit rund 7 vH zu einem merklichen Anstieg bei den Käufen von Personenkraftwagen im Vergleich zum Vorjahr gekommen.

Angeregt durch die deutlich verbesserte Einkommensentwicklung wird sich die Nachfrage der privaten Haushalte im weiteren Verlauf des Jahres 1999 auf dem hohen Niveau des 1. Quartals halten, und die realen Konsumausgaben werden jahresdurchschnittlich um rund 2,4 vH zulegen.

Angesichts der im April bzw. Juni 1999 wirksam gewordenen Neuabschlüsse großer Tarifbereiche wie Metallindustrie, öffentlicher Dienst und chemische Industrie, die erstmals seit vielen Jahren eine reale Erhöhung der Stundenlöhne von durchschnittlich über 2 vH beinhalten, sowie der leichten Belebung am Arbeitsmarkt dürfte die Bruttolohn- und -gehaltsumme in diesem Jahr mit rund 3 vH (1,6 vH in 1998) merklich zunehmen. Die Nettolöhne und -gehälter dürften aufgrund der steuerlichen Entlastungen zu Jahresbeginn und der Senkung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung ab April 1999 um 0,4 vH (Arbeitnehmeranteil) jahresdurchschnittlich noch stärker als die Bruttolöhne ansteigen.[6] Auch die übertragenen Einkommen werden beschleunigt expandieren. So wurde das Kindergeld angehoben und die Alters- und Hinterbliebenenrenten werden zur Jahresmitte stärker erhöht als in den Vorjahren.

Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um knapp 3,5 vH ansteigen und die Zunahme der privaten Konsumausgaben bei gleichbleibender Sparquote in ähnlicher Größenordnung anregen.

Im nächsten Jahr werden die nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte etwas stärker als in diesem Jahr steigen, real dürften sie sich aber infolge des Anziehens der Verbraucherpreise ähnlich wie 1999 entwickeln. Absehbar ist trotz der zu erwartenden geringeren Tarifneuabschlüsse eine deutliche Expansion der Nettoeinkommen aufgrund der weiteren steuerlichen Entlastung der Einkommen (Erhöhung des Grundfreibetrages auf 13.499 DM, Absenkung der Eingangs- und Spitzensteuersätze auf 22,9 vH bzw. 51 vH) sowie der Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Bei den übertragenen Einkommen dürfte die Erhöhung des Kindergeldes im Rahmen des Familienleistungsausgleichs von 250 DM auf 270 DM die geplanten Einschnitte bei den Lohnersatzleistungen (Streichung der originären Arbeitslosenhilfe) und die Begrenzung des Rentenanstiegs auf den Inflationsausgleich zum 1. Juli 2000 nur zu einem Teil wettmachen, so daß die Transferzahlungen des Staates an private Haushalte schwächer ansteigen werden als 1999. Dennoch dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auch wegen des wieder zunehmenden Anstiegs der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen stärker expandieren als im Jahr 1999.

Gesamtwirtschaftliche Produktion wieder stärker

Die konjunkturelle Entwicklung hat zu Beginn des Jahres ihren Tiefpunkt erreicht. Zwar gingen von der Binnennachfrage Impulse aus, sie waren jedoch nicht kräftig genug, die Einbrüche im Export mehr als wettzumachen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnierte deshalb gegenüber dem Vorquartal.

Seit dem zweiten Vierteljahr expandieren die Produktionsaktivitäten jedoch wieder kräftiger. Darauf deuten vor allem die wachsenden Auftragseingänge hin. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird der Aufschwung dann allmählich auch wieder von der zunehmenden Auslandsnachfrage getragen, so daß sich der Produktionsanstieg wieder verstärkt. Im Jahresdurchschnitt ist ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukt von 1,7 vH zu erwarten. In Ostdeutschland fällt die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr mit 2 vH etwas höher aus als in Westdeutschland, da sich hier die dämpfenden Einflüsse von den Auslandsmärkten vergleichsweise weniger bemerkbar machen.

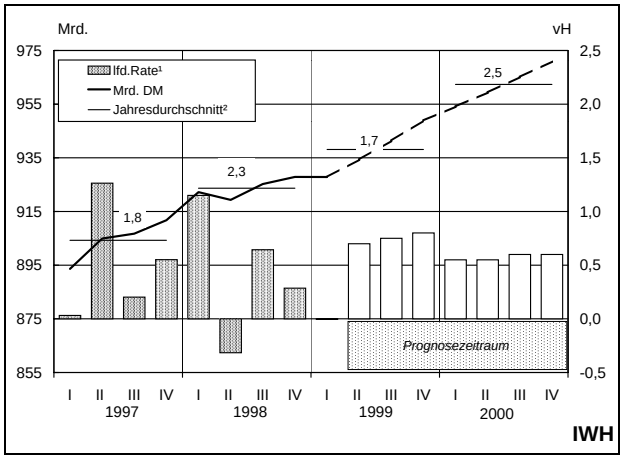
Im kommenden Jahr wird sich der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg verstärken. Im Zuge einer lebhafteren Inlands- und Auslandsnachfrage wird vor allem die industrielle Fertigung zunehmen. Ingesamt ist für das Jahr 2000 mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 vH zu rechnen. Dabei fällt der Anstieg der gesamtwirt-

---

[6] Mit der Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) fällt der vierteljährliche Ausweis der Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltsumme weg. Darüber hinaus stellt das Statistische Bundesamt neuberechnete Daten zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erst im Herbst zur Verfügung. Somit lassen sich Aussagen zur Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in dieser Prognose nur unscharf treffen, und es können nicht wie sonst üblich die Komponenten des verfügbaren Einkommens prognostiziert werden.

schaftlichen Produktion in den neuen Ländern ähnlich hoch aus wie im früheren Bundesgebiet.

Abbildung 8:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigt -



[1] Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala. – [2] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose.

Tabelle 8:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1995 -

	1998	1999	2000
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	5,2	0,2	3,1
Baugewerbe	-4,8	-0,2	1,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	3,2	2,5	3,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	3,5	3,5	3,9
Öffentl. und priv. Dienstleister	0,5	0,4	0,9
Bruttoinlandsprodukt	2,3	1,7	2,5

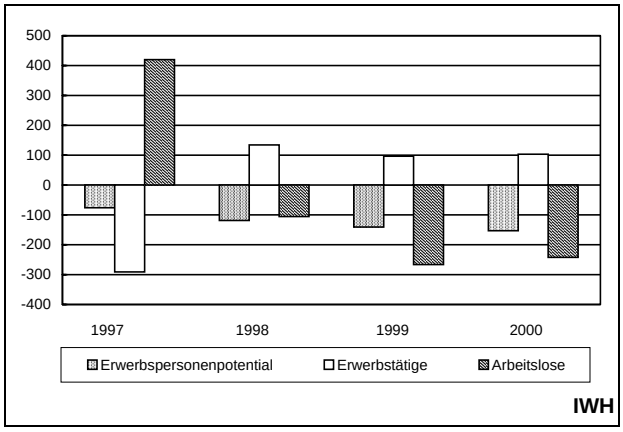
Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Beschäftigungsaufbau unterbrochen

Mit der Produktionsschwäche ist die seit Anfang 1998 zu beobachtende Besserung am deutschen Arbeitsmarkt ins Stocken geraten. Nachdem im Verlauf des vergangenen Jahres die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um etwa 280.000 Personen zugenommen hatte, ist der Beschäftigungsaufbau Anfang 1999 zum Erliegen gekommen.[7] Darüber hinaus haben in diesem Jahr die kräftigen Tariflohnerhöhungen den Faktor Arbeit deutlich verteuert. Es kam jedoch per saldo zu keinem neuen Beschäftigungsabbau, auch weil die Hersteller handelbarer Güter ihre Wettbewerbsposition – gemessen an den Lohnstückkosten – in den beiden Jahren davor gestärkt hatten.

Die Arbeitsmarktlage wird sich 1999 nur allmählich verbessern. Erst in der zweiten Jahreshälfte wird es im Zuge der konjunkturellen Belebung zu einer leichten Zunahme der Erwerbstätigenzahl kommen. Im Verlauf des Jahres 2000 wird sich der Beschäftigungsaufbau verstärken, so daß im Durchschnitt des Jahres 2000 die Erwerbstätigkeit in Deutschland um etwa 100.000 Personen den Vorjahresstand übertreffen wird. Der Zuwachs im ersten Arbeitsmarkt dürfte mit knapp 140.000 Beschäftigungsverhältnissen höher sein.

Abbildung 9:
Entwicklung des Arbeitsangebots, der Erwerbstätigkeit und der registrierten Arbeitslosigkeit in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000 Personen -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Die registrierte Arbeitslosigkeit bildet sich – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportional zurück. Maßgeblich hierfür ist der starke Rückgang des Arbeitsangebots. Es sinkt insbesondere durch Altersstruktureffekte, die Verringerung der Zuwanderung von Aussiedlern und den Übergang in den vorzeitigen Ruhestand. Insgesamt wird sich 1999 die registrierte Arbeitslosigkeit um 266.000 und im Jahr 2000 um 242.000 gegenüber dem Vorjahr zurückbilden. Dennoch werden Ende 2000 saisonbereinigt noch etwa 3,6 Millionen Personen erwerbslos sein.

[7] Für das erste Quartal 1999 konnten seitens der amtlichen Statistik noch keine Angaben zur Erwerbstätigkeit berichtet werden, da Daten über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit noch nicht vorliegen. Dies erschwert die Beurteilung der Arbeitsmarktlage am aktuellen Rand.

Tabelle 9:
Lohnstückkosten[a] in Deutschland
- in vH -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	106,7	96,5	97,7	104,2	98,1	84,8	85,0	83,9	...
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	69,3	74,0	76,7	74,7	75,7	76,7	74,3	71,8	...
Baugewerbe	62,9	66,4	71,6	73,4	76,5	77,3	76,2	77,9	...
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	65,6	71,3	75,6	76,5	78,5	80,3	78,4	76,8	...
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	25,2	27,4	28,7	29,9	30,4	30,2	30,2	30,5	...
Öffentliche und private Dienstleister	68,6	72,5	75,8	76,9	79,2	80,6	81,9	82,9	...
Alle Wirtschaftsbereiche	58,1	61,8	64,1	64,5	65,5	65,6	64,6	63,9	64,9

[a] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten in Relation zur Bruttowertschöpfung (nominal) je Erwerbstätigen. – [b] ohne Wohnungsvermietung.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3.; Berechnungen des IWH, 1999: Prognose des IWH.

Tabelle 10:
Erwerbsbeteiligung in Deutschland
- Inländerkonzept -

	1996	1997	1998	1999	2000
	in 1.000 Personen				
Erwerbsfähige[a]	55.908	55.981	55.968	55.853	55.658
Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt	35.735	35.495	35.550	35.588	35.726
Arbeitslose	3.965	4.385	4.279	4.013	3.771
Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III	99	109	104	101	101
Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten	111	79	52	38	27
Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen[b]	354	302	385	445	410
Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten	508	402	330	340	330
Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen	50	43	43	42	42
Vorruheständler[c]	355	268	206	240	240
Unterbeschäftigung[d]	5.442	5.588	5.399	5.219	4.921
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender Erwerbstätigkeit	382	368	356	344	340
Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve[e]	41.448	41.372	41.253	41.113	40.960
Pendlersaldo	-60	-62	-64	-55	-60
	in vH				
Erwerbsbeteiligungsquote[f]	74,1	73,9	73,7	73,6	73,6
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt[g]	63,9	63,4	63,5	63,7	64,2
Erwerbstätigenquote insgesamt[h]	64,6	63,9	64,2	64,5	64,9
Unterbeschäftigungsquote[i]	13,1	13,5	13,1	12,7	12,0
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	74,7	80,4	81,2	78,8	78,7
Arbeitslosenquote[k]	10,1	11,2	10,9	10,3	9,7

[a] Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – [b] Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen. – [c] Einschließlich Arbeitslose nach § 428 SGB III. – [d] Summe aus den vorangestellten Kursivwerten. – [e] Da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten zu subtrahieren, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – [f] Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – [g] Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – [h] Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – [i] Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – [k] Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose des IWH.

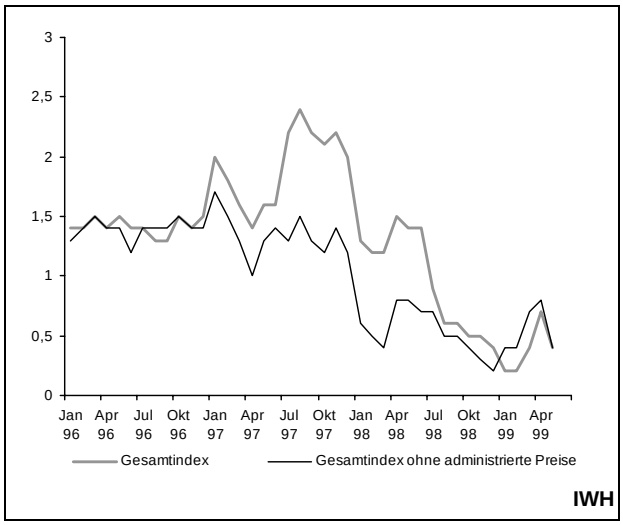
Der Arbeitsmarkt wird weiterhin deutlich durch den massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente entlastet. Im Durchschnitt des Jahres 1999 werden in Deutschland etwa 445.000 Personen – darunter allein 360.000 Personen in Ostdeutschland – in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen gefördert. Dies ist seit 1992 die höchste Zahl öffentlich subventionierter Arbeitsverhältnisse. Eine Lösung für die angespannte Arbeitsmarktsituation stellen beschäftigungspolitische Programme jedoch nicht dar. Sie mildern lediglich kurzfristig die Probleme und verlagern deren Lösung in die Zukunft.

Stabiles Preisniveau

Der Anstieg der Verbraucherpreise befindet sich mit 0,4 vH im Durchschnitt der vergangenen sechs Monate auf einem historisch niedrigen Niveau. Dabei setzt sich die Zunahme des Preisniveaus zwar aus stark divergierenden Entwicklungen in den einzelnen Gütergruppen zusammen, die zugrundeliegende Dynamik ist jedoch ebenfalls sehr gering (vgl. Abbildung 10).[8] Wie bereits im Jahre 1998 ging im ersten Quartal dieses Jahres ein stark dämpfender Effekt von den sinkenden Ölpreisen aus. Anders als im Vorjahr verringerten auch die sogenannten administrierten Preise insgesamt, in denen sowohl Heizöl als auch Kraftstoffe enthalten sind, den Anstieg der Verbraucherpreise.[9] Während 1998 die kräftige Anhebung einiger administrierter Preise, insbesondere der Gesundheitspflege, der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung sowie der öffentlichen Verkehrstarife, den Rückgang der Preise von Energieträgern überkompensierte, setzte sich die Wirkung der sinkenden Energiepreise infolge des schwächeren Anstiegs bzw. des Rückgangs der anderen administrierten Preise im ersten Quartal 1999 durch. Mit dem steigenden Ölpreis und der Einführung der Ökosteuer im April zogen die administrierten Preise im Anstieg dann mit dem Gesamtindex nahezu gleich (0,7 vH gegenüber 0,8 vH) und im Mai kam es – insbesondere durch den erneuten deutlichen Rückgang der Telephongebühren – zu einem Gleichlauf.

In der üblichen Vorjahresmonatsbetrachtung der Preisniveauentwicklung wirken verschiedene Basiseffekte, deren Auslaufen zu Sprüngen in den Veränderungsraten führen können. Diese kompensieren sich im Prognosezeitraum allerdings zu einem erheblichen Teil, so daß der Anstieg der Verbraucherpreise in diesem Jahr bei 0,6 vH und im Jahre 2000 bei 1 vH liegen wird, sofern es nicht zu einer weiteren Erhöhung des in den vergangenen Monaten bereits deutlich gestiegenen Ölpreises oder einem nennenswerten negativen staatlichen Einfluß kommt.

Abbildung 10:
Lebenshaltungspreise[a]: Gesamtindex und Gesamtindex ohne administrierte Preise[b]
- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in vH –



[a] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.– [b] In den administrierten Preisen, die ein Gewicht von 19,4 vH am Gesamtindex haben, sind auch die Preise für Energie und Kraftstoffe enthalten.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ausschlaggebend für den niedrigen Preisanstieg waren im Jahre 1998 die sinkenden Lohnstückkosten und die verringerten Einfuhrpreise. In diesem Jahr werden die Lohnstückkosten nicht mehr sinken, sondern steigen, und auch die Einfuhrpreise dürften leicht zunehmen. Die Unternehmen sind zudem durch die Ökosteuer belastet. Da die Senkung der Lohnnebenkosten letzteres weitgehend kompensiert und die hohen Gewinnmargen einen Puffer bilden, ist angebotsseitig nicht mit einem nennenswerten Preisdruck zu rechnen. Dies gilt für den Prognosezeitraum insgesamt um so mehr, als die Lohnstückkosten im nächsten Jahr im Zuge der

8 Die zugrundeliegende Inflationsdynamik, d. h. die Kerninflationsrate, kann durch das Herausrechnen besonders volatiler bzw. nicht marktmäßig bestimmter Preise ermittelt werden. Vgl. QUAH, D.; VAHEY, S. P.: Measuring core inflation. The Economic Journal. Royal Economic Society, Vol. 105/1995, Nr. 432 , S. 1130-1144. – Vgl. CLAUS, I.: A Measure of Underlying Inflation in the United States. Bank of Canada, Working Paper 97-20, 1997.

9 Zur Abgrenzung der staatlich beeinflußten, sogenannten administrierten Preise siehe: SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1997): Jahresgutachten 1997/98, Anhang 5, Teil F.

mit der kräftigeren wirtschaftlichen Entwicklung einhergehenden höheren Produktivitätsentwicklung wieder leicht sinken werden. Zwar erhöhen sich die Preisspielräume der Unternehmen mit der konjunkturellen Festigung, angesichts des internationalen Wettbewerbsdrucks bleiben sie jedoch eng, zumal der Euro im Prognosezeitraum aufwerten und die zuletzt gestiegene Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gegenüber Anbietern außerhalb des Euroraums wieder schwächen dürfte. Innerhalb des Euroraums wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft infolge der unterdurchschnittlichen Inflationsentwicklung demgegenüber weiter verbessern.

Fiskalpolitik: Trotz Haushaltskonsolidierung Spielraum für Nettoentlastung

Die Fiskalpolitik sieht sich zwei Anforderungen gegenüber. Neben der wichtigen Aufgabe der Haushaltskonsolidierung muß entschieden werden, wie die steuerpolitischen Reformmaßnahmen weiterzuführen sind. Beide Bereiche sollen dazu beitragen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und so für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen.

Für 1999 weist der Bundeshaushalt einen Ausgabenanstieg von 6,3 vH auf. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß jetzt Ausgaben, die in der Vergangenheit den Sozialversicherungen angelastet oder in Sonderrechnungen gebucht wurden, wieder über den Bundeshaushalt abgewickelt werden, dem sie von der Sache her auch zuzuordnen sind. Diese Rückgliederung ist ausdrücklich zu befürworten. Um die Rückgliederungseffekte auszuklammern, ist das Konzept der „bereinigten Ausgaben“ geschaffen worden. In dieser Abgrenzung weist der Haushalt lediglich eine Ausgabensteigerung von 1,2 vH aus.

Im Jahre 1999 werden die laufenden Ausgaben überdurchschnittlich stark aus Privatisierungserlösen finanziert. Ab dem Jahr 2000 erfordert die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienleistungsausgleich Mehrausgaben, die dem Bundeshaushalt anzulasten sind. Damit zunächst der Haushalt 2000 ordnungsgemäß aufgestellt werden kann, wurde von der Bundesregierung insgesamt ein Einsparvolumen von 30 Mrd. DM abgeleitet. Dies ist ein sehr anspruchsvolles und mutiges Vorhaben, vor allem weil hierbei auch besonders sensible Bereiche – wie Transfers und Subventionen – einbezogen werden müssen.

Am 23. Juni 1999 stellte die Regierung die Eckwerte ihres ehrgeizigen Programms vor.[10] Der Sozialetat soll mit einem Anteil von über 40 vH zu den Einsparungen beitragen. Die Begrenzung des Rentenanstiegs auf den Inflationsausgleich in den Jahren 2000 und 2001 führt im Jahre 2000 zu Einsparungen in Höhe von 2,8 Mrd. DM. Dies wird sich in geringeren Rentenzahlungen an die privaten Haushalte niederschlagen. Die Absenkung des zusätzlichen Bundeszuschusses zur Gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 1 Mrd. DM hat hingegen keine Auswirkungen auf die Transferzahlungen. Auch der Wechsel der Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge der Bezieher von Arbeitslosenhilfe von 80 vH des zuletzt bezogenen Bruttoentgelts auf 80 vH der jetzt bezogenen Arbeitslosenhilfe, wird sich im kommenden Jahr nur in niedrigeren Ausgaben des Bundes in Höhe von 4,5 Mrd. DM niederschlagen. Während die Leistungen und damit Ausgaben der Pflege- und Krankenversicherung an diesen Versichertenkreis von den geringeren Beitragszahlungen unberührt bleiben, wird es bei der Rentenversicherung erst mit Einsetzen des Rentenbezugs in späteren Jahren zu geringeren Transferzahlungen kommen. Die Einnahmen – und damit die Haushaltslage – der Sozialversicherung werden davon allerdings bereits im Jahr 2000 berührt.

Einsparungen sollen darüber hinaus beim Wohngeld erzielt werden. Hier werden allerdings keine Ausgaben gekürzt, sondern lediglich auf die Kommunalhaushalte verschoben. Andere Posten, wie die auslaufende Finanzierung des Eigenkapitalhilfeprogramms oder die Anpassung der Zuwendung an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, sind gleichfalls keine echten Einsparungen. Ersteres ist bereits 1997 in das ERP-Sondervermögen integriert worden, sein Auslaufen ist daher zwangsläufig; letzteres stellt lediglich die Anpassung an einen geringeren Finanzbedarf dar. Die kurzfristig dämpfenden Effekte, die von dem 30-Mrd.-DM-Sparpaket auf die Gesamtwirtschaft ausgehen, sind denn auch wesentlich geringer, als sich auf den ersten Blick vermuten ließe. Aber auch wenn nicht alle Posten des Sparprogramms echte Ausgabenkürzungen sind, so ist der Konsolidierungserfolg bemerkenswert. Für das Jahr 2000 ist im Bundeshaushalt lediglich eine Neuverschuldung von 49,5 Mrd. DM geplant.

---

[10] Vgl. Chronologie fiskalischer Maßnahmen seit dem Regierungswechsel, S. 18-20 in dieser Ausgabe.

Im Jahre 1999 werden die Steuereinnahmen allerdings höher sein, als bei der Aufstellung des Bundeshaushalts erwartet werden konnte. Auch unter Berücksichtigung der Mehrausgaben durch den Kosovo-Krieg werden die eingestellten Privatisierungserlöse nicht vollständig zur Finanzierung laufender Ausgaben gebraucht. Dafür nicht eingesetzte Beträge sollen nach den Plänen der Regierung zum Abbau von Schulden verwendet werden. Alternativ dazu könnten sie allerdings in das nächste Jahr verschoben werden. Auch die Ausgaben, die im Rahmen der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs entstehen, sind mit 3,8 Mrd. DM im Jahre 2000, von denen nur 1,6 Mrd. DM auf den Bundeshaushalt entfallen, wesentlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgeblieben. Unter Berücksichtigung der Konsolidierungsanstrengungen bietet so auch der Bundeshaushalt 2000 ausreichend Spielraum, um eine steuerliche Entlastung der Unternehmen vorzunehmen. Aus der Reform resultierende Wachstumseffekte werden letztendlich auch im Bundeshaushalt zu einer geringeren Anspannung beitragen.

Der Bundeshaushalt ist zudem nur ein Teil des öffentlichen Gesamthaushalts. Im gesamten Staatssektor wird das Defizit in Abgrenzung des ESVG auch unter Berücksichtigung des Kosovo-Krieges im Jahre 1999 unter der im Stabilitätsprogramm angestrebten Defizitquote von 2 vH liegen. Für das Jahr 2000, in dem die Defizitquote ebenfalls 2 vH betragen soll, ist sogar mit einer Unterschreitung um einen halben Prozentpunkt zu rechnen. Gesamtstaatlich ist eine Nettoentlastung der Wirtschaft durchaus möglich, zumal die Steuerreform auch in vorab festgelegten Stufen erfolgen kann, um Selbstfinanzierungseffekte zu nutzen.

Die Forderung nach einer Nettoentlastung gewinnt um so mehr an Gewicht, als die rückwirkend zum 1. Januar 1999 durchgeführte Einkommensteuerreform durch die Gegenfinanzierungsmaßnahmen für den Unternehmenssektor mit höheren Steuerzahlungen verbunden ist. Den Unternehmen wurde denn auch mehrfach in Aussicht gestellt, daß zum 1. Januar 2000 eine Unternehmenssteuerreform in Kraft tritt, die mit einer Nettoentlastung in nennenswertem Umfang verbunden ist. Will die Politik ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren und soll die Planungssicherheit für die Unternehmen nicht beeinträchtigt werden, so darf die Reform jetzt nicht unter Hinweis auf die finanzielle Anspannung des Bundeshaushalts verschoben werden. Dies gilt um so mehr, als die Unternehmen und Unternehmensverbände selbst Bereitschaft signalisiert haben, eine Unternehmenssteuerreform teilweise über den Abbau von Subventionen mitzufinanzieren.

Obwohl auch die Steuerreformkommission eindeutig den Auftrag hatte, sich auf Maßnahmen, die zum 1. Januar nächsten Jahres durchführbar sind, zu begrenzen, wurde in den Eckwerten festgelegt, daß die Reform erst zum 1. Januar 2001 erfolgen soll. Dies bedeutet, daß das Gesetzgebungsverfahren nicht vor Herbst nächsten Jahres abgeschlossen sein dürfte. Neben den für die Unternehmen per saldo belastenden Maßnahmen der Steuerreform 1999/2000/2002 würde die Unsicherheit über die weitere Entwicklung und konkrete Ausgestaltung der Unternehmensbesteuerung damit anhalten.

Haushaltskonsolidierung ist auch weiterhin dringend geboten. Dabei gehört eine Überprüfung aller Ausgaben ohne Tabus auf die Tagesordnung. Das jetzt beschlossene Sparpaket ist daher begrüßenswert, obwohl nicht alle darin enthaltenen Posten tatsächliche Ausgabenkürzungen sind. Die finanzielle Lage im öffentlichen Sektor erlaubt es aber dennoch, eine Unternehmenssteuerreform mit einer Nettosteuerentlastung vorzunehmen.

Arbeitskreis Konjunktur
(Hans-Ulrich Brautzsch, Kristina van Deuverden,
Ruth Grunert, Ingrid Haschke, Brigitte Loose,
Christian Schumacher, Michael Seifert,
Silke Tober und Udo Ludwig)

Chronologie fiskalischer Maßnahmen seit dem Regierungswechsel

Stand: 1. Juli 1999

Zeit-punkt	Maßnahme	Inkrafttreten	Kassenmäßige Auswirkungen auf den öffentlichen Gesamthaushalt in Mio. DM Mehrausgaben oder Mindereinnahmen (-); Minderausgaben oder Mehreinnahmen (+) 1999	2000	2001	2002	2003
	Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 einschließlich Steueränderungsgesetz 1998 und Steuerentlastungsgesetz 1999[1]						
Dez. 1998	**Steuerentlastungsgesetz 1998**	1. Januar 1999	-734	-1.619	-6.475		
	Bemessungsgrundlage von Pensionsrückstellungen		-734	-1.619	-6.475		
März 1999	**Steuerentlastungsgesetz 1999**	1. Januar 1999	-7.770	-7.110	-7.130	-7.160	-7.230
	- Absenkung des Eingangsteuersatzes bei Einkommen- und Lohnsteuer auf 23,9 vH		-1.370	-1.310	-1.330	-1.360	-1.430
	- Anhebung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind von 230 DM auf 250 DM		-6.400	-5.800	-5.800	-5.800	-5.800
März 1999	**Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2001**	1. Januar 1999					
	1. Stufe						
	Entlastung:		-2.295	-3.988	-5.195	-5.385	-5.550
	- Absenkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 45 vH (Einkommensteuer)		-930	-1.120	-1.380	-1.500	-1.600
	- Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 45 auf 40 vH sowie des ermäßigten Steuersatzes für Gewinne von 42 auf 40 vH		-1.365	-2.868	-3.815	-3.885	-3.950
	Gegenfinanzierung:		+10.069	+22.567	+25.420	+36.393	+32.100
	- Änderung bei der steuerlichen Gewinnermittlung (§ 6 EStG)		+4.062	+7.160	+8.767	+11.377	+11.800
	- Streichung des ermäßigten Steuersatzes für außerordentliche Einkünfte		+1.289	+3.551	+6.350	+6.165	+5.800
	- Halbierung der Sparerfreibeträge	(1. Januar 2000)		+2.075	+3.070	+3.290	+3.350
	- Rest		+4.718	+9.781	+7.233	+15.561	+11.150
	2. Stufe	1. Januar 2000					
	Entlastung:			-13.550	-13.690	-14.310	-14.650
	Einkommensteuertarife			-13.550	-13.690	-14.310	-14.650
	- Anhebung des Steuerfreibetrages auf rd. 13.500 / 27.000 DM			-4.060	-3.870	-3.900	-3.930
	- Senkung des Eingangsteuersatzes auf 22,9 vH			-620	-570	-600	-610
	- Absenkung der Progressionszone			-6.280	-6.280	-6.420	-6.450
	- Senkung des Höchststeuersatzes auf 51 vH			-1.490	-1.630	-1.840	-2.000
	- Absenkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 43 vH			-1.100	-1.340	-1.550	-1.660
	3. Stufe	1. Januar 2002					
	Entlastung:					-28.150	-28.070
	Einkommensteuertarife					-28.150	-28.070
	- Anhebung des Grundfreibetrages auf rd. 14.000/28.000 DM					-5.220	-5.050
	- Senkung des Eingangsteuersatzes auf 19,9 vH					-1.860	-1.800
	- Absenkung der Progressionszone					-18.900	-18.900
	- Absenkung des Höchststeuersatzes auf 48,5 vH					-2.170	-2.320
	Senkung der Lohnnebenkosten						
April 1999	**Ökosteuer**	1. April 1999	+8.400	+12.340	+12.330	+12.310	+12.300
	- Einführung einer Stromsteuer von 2 Pf/kWh, ermäßigter Satz für das Verarbeitende Gewerbe, Nachtspeicheröfen		+3.200	+4.500	+4.520	+4.540	+4.560
	- Erhöhung des Steuersatzes für Kraftstoffe um 6 Pf/Liter		+2.800	+4.250	+4.190	+4.120	+4.080
	- Erhöhung des Steuersatzes für Heizöl um 4 Pf/Liter		+1.000	+1.630	+1.600	+1.570	+1.530
	- Erhöhung des Steuersatzes für Erdgas um 0,32 Pf/ kWh		+1.400	+1.960	+2.020	+2.080	+2.130

Zeit-punkt	Maßnahme	Inkrafttreten	1999	2000	2001	2002	2003
	Gesetzliche Rentenversicherung						
	- Absenkung des Beitragssatzes um 0,8 Punkte	1. April 1999	-9.100	-12.400	-12.600	-12.640	-12.640
	Neuregelung der 630-DM-Jobs und der Scheinselbständigen	1. April 1999					
	- Mindereinnahmen an pauschaler Lohnsteuer aus den 630-DM-Jobs		-1.373	-2.110	-2.110	-2.110	-2.110
	- Zusätzliche Beiträge bei der Gesetzlichen Rentenversicherung		+1.900	+2.850	+2.850	+2.900	+2.900
	- Zusätzliche Beiträge bei der Gesetzlichen Krankenversicherung		+1.350	+2.000	+2.000	+2.000	+2.000
	Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Sicherheit						
Juni 1999	**Sparmaßnahmen**[2]	1. Januar 2000		+30.080	+38.352	+41.885	+49.253
	- Anpassung der Bemessungsgrundlage für Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung für Arbeitslosenhilfebezieher von 80 vH des vor Arbeitslosigkeit bezogenen Bruttogehalts an den Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe			+4.500	+4.400	+4.400	+4.300
	- Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe			+1.000	+1.300	+1.300	+1.300
	- Minderausgaben durch die Steigerung der Renten 2000 um 0,7 vH und 2001 um 1,6 vH in Höhe des Inflationsausgleichs			+1.000	+2.400	+1.700	+400
	- Folgewirkungen der Rentenanpassung 2000 und 2001			+1.800	+4.500	+5.100	+5.500
	- Absenkung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Gesetzliche Rentenversicherung			+1.000	+1.000	+1.000	
	- Einsparung bei Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (Bundesanteil und Anteil der Bundesantstalt für Arbeit)			+800	+1.100	+1.100	+1.100
	- Wohngeld			+2.255	+2.369	+2.469	+2.541
	- Einsparungen bei verschiedenen Titeln im Verteidigungsministerium (insbesondere Beschaffungen und Materialerhalt)			+1.266	+1.555	+1.940	+1.940
	- Globale Minderausgabe im Verteidigungsministerium			+2.228	+2.754	+3.068	+3.883
	- Anpassung der Zuwendung an die BvS			+915		+149	
	- Ausfinanzierung des Eigenkapitalhilfeprogramms			+549	+440	+363	+148
	- Reduzierung der PVM in der allgemeinen Finanzverwaltung			+2.000	+3.000	+4.000	+5.000
	- Rest			+10.767	+13.535	+15.297	+23.141
	Familienleistungsausgleich						
	1. Stufe 2000	1. Januar 2000					
	Entlastung:			-3.800	-5.335	-5.530	-5.720
	- Anhebung des Kindergeldes von 250 DM auf 270 DM			-3.800	-3.800	-3.800	-3.800
	- Anhebung des Betreuungsfreibetrags für Kinder unter 16 und behinderte Kinder über 16 Jahren				-1.535	-1.730	-1.920
	Gegenfinanzierung:						
	- Streichung der Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten				+170	+190	+220
	2. Stufe 2002	1. Januar 2002					
	Entlastung:						
	- Anhebung des Existenzminimums von 6.912 DM auf 7.452 DM je Kind; Erweiterung des Betreuungsfreibetrags auf Kinder über 16 Jahren, Einführung eines Erziehungsfreibetrags in Höhe von 2.052 DM je Kind					-720	-3.420
	Gegenfinanzierung:					+1.225	+2.520
	- Abbau des Haushaltsfreibetrags für Ledige mit Kindern von 5.616 DM auf 4.428 DM in 2002, auf 2.214 DM in 2003 und auf 0 DM in 2004					+435	+1.170
	- Rest					+790	+1.350

Zeit-punkt	Maßnahme	Inkrafttreten	1999	2000	2001	2002	2003
	Zukünftige Stufen der Ökosteuer			+5.100	+10.500	+15.800	+21.200
	in den kommenden vier Jahren erfolgt jeweils:	jährlich zum 1. Januar					
	- Anhebung der Steuersätze für Kraftstoffe um 6 Pf/Liter			+4.000	+8.200	+12.400	+16.600
	- Anhebung des Steuersatzes auf Strom um 0,5 Pf/kWh			+1.100	+2.300	+3.400	+4.600
	Gesetzliche Rentenversicherung[3]			-1.560	-6.320	-11.060	-15.800
	Senkung des Beitragssatzes um 0,1 Punkte	jeweils zum 1. Januar		-1.560	-1.580	-1.580	-1.580
	Senkung des Beitragssatzes um 0,3 Punkte				-4.740	-4.740	-4.740
	Senkung des Beitragssatzes um 0,3 Punkte					-4.740	-4.740
	Senkung des Beitragssatzes um 0,3 Punkte						-4.740
	Unternehmenssteuerreform 2001[4]	1. Januar 2001					
	Maßnahmen, die nach Rechtsformen aufgeteilt werden können:				-22.385	-30.735	-32.660
	Körperschaftsgesellschaften:				-18.385	-19.735	-17.660
	- Senkung des Thesaurierungssatzes in der Körperschaftssteuer von 40 auf 25 vH				-11.260	-14.365	-15.570
	- Senkung des Ausschüttungssatzes von 30 auf 25 vH				-4.215	-4.525	-3.185
	- Ersetzung des bisherigen Vollanrechnungsverfahrens durch das Halbeinkünfteverfahren				+90	+1.155	+1.595
	- Regelung für den Übergang vom Vollanrechnungs-verfahren zum Halbeinkünfteverfahren				-3.000	-2.000	-500
	Personengesellschaften:				-4.000	-11.000	-15.000
	- Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns mit einem Steuersatz von 25 vH[5]				-4.000	-11.000	-15.000
	Maßnahmen zur Gegenfinanzierung, die den Unternehmenssektor als ganzes treffen:				+9.115	+17.960	+24.490
	Reformbedingte Finanzierungsmaßnahmen:				+4.640	+4.430	+5.510
	- Senkung der Beteiligungsgrenzen für die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften von 10 vH auf 1 vH					+45	+100
	- Abschaffung der Tarifbegrenzung für gewerbliche Einkünfte nach § 32 c EStG				+4.475	+3.660	+4.685
	- Abschaffung der Ansparabschreibung und der Sonderabschreibungen nach § 7 g EstG				+165	+725	+725
	Sonstige Finanzierungsmaßnahmen:				+4.475	+13.530	+18.980
	- Senkung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens von höchstens 30 vH auf höchstens 20 vH				+3.975	+12.575	+17.190
	- Senkung der linearen Abschreibung für Gebäude im Betriebsvermögen von bisher 4 vH auf 3 vH					+255	+890
	- Verschärfung der Regelungen zur Gesellschafter-Fremdfinanzierung unter Erweiterung auch auf Betriebsstätten ausländischer Unternehmen und Personengesellschaften				+500	+700	+900
	Sonstige Refinanzierung duch steuerliche Maßnahmen	1. Januar 2000		+1.070	+3.175	+5.885	+8.685
	- Anpassung der amtlichen Abschreibungstabellen an realitätsnähere Nuttzungsdauern ab 1.1.2000			+880	+2.265	+4.775	+7.360
	- Wegfall der Steuerbefreiung für Zinserträge auf Kapitallebensversicherungen mit Ausnahme von Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht[6]			+190	+410	+610	+825
	- Unbefristete Verlängerung des bisher auf vier Jahre befristeten Zinslaufes bei der Vollverzinsung				+500	+500	+500

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des IWH.

1) Die Anhebung des Grundfreibetrags zum 1. Januar 1999 war schon vor dem Regierungswechsel aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts beschlossen worden und ist daher nicht mehr aufgeführt.
2) Die folgenden Maßnahmen sind geplant, eine gesetzliche Festlegung ist noch nicht erfolgt.
3) Für die Beitragssatzsenkung bei der Gesetzlichen Rentenversicherung wurde angenommen, daß sie zeitgleich zur Erhöhung der Ökosteuer erfolgt.
4) Zahlen werden vom Bundesministerium der Finanzen unter dem Vorbehalt angegeben, daß das Planspiel erst abgewartet werden muß, damit Einzelfragen geklärt werden können.
5) Modell 2 (Trennungslösung) der Brühler Empfehlungen vom 30. April 1999.
6) Die Regelung sollte sich auf Neuverträge, die nach dem 22.06.1999 abgeschlossen werden, beziehen und steht bereits in Frage.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1999 und 2000

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	0,4	0,3	0,3	0,6	-0,1	0,1	0,4
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,3	0,2	-0,6	0,6	-0,2	0,1	-1,3
Produktivität 1)	1,9	1,5	3,1	0,6	2,2	2,7	3,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	2,3	1,7	2,5	1,3	2,0	2,8	2,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd.DM							
Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	2.164,5	2.233,1	2.313,0	1.088,6	1.144,5	1.127,8	1.185,2
Konsumausgaben des Staates	718,5	731,9	746,2	353,0	378,9	360,8	385,4
Bruttoanlageinvestitionen	792,7	805,0	830,1	384,5	420,5	394,4	435,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	334,8	350,6	367,8	166,7	183,9	173,6	194,1
Bauten	457,9	454,4	462,3	217,8	236,6	220,7	241,6
Vorratsveränderungen	59,1	62,0	64,0	35,8	26,2	39,9	24,1
Inlandsnachfrage	3.734,8	3.832,0	3.953,3	1.861,9	1.970,1	1.922,9	2.030,5
Außenbeitrag	64,6	63,9	63,3	31,7	32,3	30,5	32,7
Ausfuhr	1.089,5	1.096,9	1.171,3	530,3	566,6	572,6	598,7
Einfuhr	1.024,9	1.033,0	1.108,0	498,6	534,4	542,1	565,9
Bruttoinlandsprodukt	3.799,4	3.895,9	4.016,6	1.893,5	2.002,4	1.953,4	2.063,2
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	2,8	3,2	3,6	3,1	3,2	3,6	3,6
Konsumausgaben des Staates	0,4	1,9	2,0	1,4	2,3	2,2	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	1,2	1,6	3,1	1,7	1,4	2,6	3,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,8	4,7	4,9	6,7	3,0	4,2	5,6
Bauten	-4,3	-0,8	1,8	-1,8	0,2	1,4	2,1
Inlandsnachfrage	3,1	2,6	3,2	2,4	2,8	3,3	3,1
Ausfuhr	6,5	0,7	6,8	-2,0	3,4	8,0	5,7
Einfuhr	5,7	0,8	7,3	-2,0	3,5	8,7	5,9
Bruttoinlandsprodukt	3,4	2,5	3,1	2,3	2,7	3,2	3,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995							
a) Mrd.DM							
Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	2.068,8	2.117,5	2.167,4	1.036,3	1.081,2	1.061,1	1.106,3
Konsumausgaben des Staates	701,8	705,8	712,8	354,6	351,2	359,5	353,3
Bruttoanlageinvestitionen	802,2	819,8	841,5	391,2	428,5	400,7	440,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	337,7	355,2	372,5	169,0	186,2	176,0	196,5
Bauten	464,5	464,6	469,0	222,3	242,3	224,7	244,3
Vorratsveränderungen	59,9	60,0	63,0	31,8	28,2	36,9	26,1
Inlandsnachfrage	3.632,7	3.703,0	3.784,7	1.814,0	1.889,0	1.858,2	1.926,6
Außenbeitrag	61,3	52,3	63,7	22,7	29,6	30,3	33,4
Ausfuhr	1.073,7	1.087,0	1.146,8	527,6	559,4	563,3	583,5
Einfuhr	1.012,4	1.034,6	1.083,1	504,9	529,8	533,0	550,1
Bruttoinlandsprodukt	3.694,0	3.755,3	3.848,5	1.836,7	1.918,6	1.888,5	1.959,9
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	3.660,9	3.722,0	3.815,1	1.822,9	1.899,1	1.874,7	1.940,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1999 und 2000

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	1,8	2,4	2,4	2,5	2,2	2,4	2,3
Konsumausgaben des Staates	-0,1	0,6	1,0	0,3	0,9	1,4	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,8	2,2	2,6	2,5	2,0	2,4	2,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,6	5,2	4,9	7,5	3,2	4,1	5,5
Bauten	-3,8	0,0	1,0	-1,1	1,1	1,1	0,8
Inlandsnachfrage	2,6	1,9	2,2	2,0	1,8	2,4	2,0
Ausfuhr	6,5	1,2	5,5	-0,8	3,3	6,8	4,3
Einfuhr	8,0	2,2	4,7	1,8	2,6	5,6	3,8
Bruttoinlandsprodukt	2,3	1,7	2,5	1,3	2,0	2,8	2,2
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	1,9	1,7	2,5	1,3	2,1	2,8	2,2

4. Preisniveau der Verwendungskomponenten des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	0,9	0,8	1,2	0,6	1,0	1,2	1,2
Konsumausgaben des Staates	0,5	1,3	0,9	1,1	1,4	0,8	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,6	-0,6	0,5	-0,7	-0,6	0,2	0,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,7	-0,4	0,0	-0,7	-0,1	0,0	0,1
Bauten	-0,5	-0,8	0,8	-0,7	-0,9	0,3	1,3
Inlandsnachfrage	0,5	0,7	0,9	0,4	0,9	0,8	1,1
Ausfuhr	-0,1	-0,6	1,2	-1,2	0,1	1,1	1,3
Einfuhr	-2,2	-1,4	2,5	-3,7	0,9	3,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,9	0,6	1,1	0,7	0,3	0,9

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

2) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 1999 und 2000: Prognose des IWH.